

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonntag und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Der Abonnementpreis beträgt 3,- Mark für das Vierteljahr, für das Halbjahr 6,- Mark, für das Jahr 12,- Mark. Der Einzelheftpreis beträgt 20 Pf. für die 6 gepaltene Beilagen. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 51 Sonntag, den 19. Dezember 1920

Die Not ist groß!

Lohnrechnungen sind erschrecklich!

Nach den Berechnungen des Wirtschaftstatistischen Bureaus von Richard Calmer* stellen sich für eine vierköpfige Familie die Kosten der Wohnzettelung, für die das Bedeufende der Lebenshaltung eines deutschen Arbeiterpaars zugrunde gelegt ist, auf 332,20 M im Oktober, gegen 773,95 M im September. Das bedeutet also eine zahlenmäßige Steigerung von 58,25 M pro Woche von einem Monat zum anderen. Durch diese Steigerung der Lebensmittelpreise im Oktober stellt sich nunmehr die Indexziffer auf mehr als das Dreifache der Friedenszeit. Im Juli 1914 betrug die Indexziffer 25,15 M. Der dreifache Betrag macht 75,45 M aus. Die oben angegebene Oktoberziffer von 332,20 M geht also noch um 5,64 M über den dreifachen Betrag hinaus. Seit März 1920 hat sich die Indexziffer nach den Aufzeichnungen Calmers sogar verdoppelt. Sie betrug nämlich im März 167,60 M, April 189,78 M, Mai 224,63 M, Juni 282,15 M, Juli 322,38 M, August 261,38 M, September 273,95 M, Oktober 332,20 M.

Singelchris dieser geradezu ungläubig gestiegenen Kosten für die Lebenshaltung werden auch die nachstehenden Ziffern perspektivisch sein, die der Direktor des statistischen Amtes Berlin-Schönberg, Dr. Kuczynski, als wöchentliches Existenzminimum für den Monat Oktober 1920 für Berlin feststellt. Danach betrug das Existenzminimum für einen einzelnen Mann (in Berücksichtigung des eigenen und der Kosten für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung) 156 M für ein kinderloses Ehepaar 232 M und für ein Ehepaar mit zwei Kindern 317 M. Auf den Arbeitstag umgerechnet müßte danach der einzelne Mann einen Mindestlohn von 28 M, ein kinderloses Ehepaar einen solchen von 39 M und ein Ehepaar mit zwei Kindern 53 M haben. Auf das Jahr umgerechnet ergibt sich für den einzelnen Mann ein Einkommen von 8150 M, für das kinderlose Ehepaar 12.100 M und für das Ehepaar mit zwei Kindern von 16.550 M. Vom Oktober 1913 bis zum Oktober 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin für den alleinlebenden Mann von 16,90 auf 156 M, für ein kinderloses Ehepaar von 22,45 auf 232 M, und für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,95 auf 317 M gestiegen. Im diesem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen ist die Not jetzt etwa 10 A wert.

Dr. Elfas in Frankfurt a. M. kommt bei den Ermittlungen der Indexziffern zur Berechnung der Kosten des Lebensbedarfs einer vierköpfigen Familie zu ähnlichen hohen Zahlen. Im Vergleich zu der Indexziffer von 25,50 M am 1. Januar 1914 stellt er am 1. November dieses Jahres eine Indexziffer von 316 M fest. Wären vom 1. September 1920 bis zum 1. November 1914 die Indexziffern von 291 auf 316 M, also um 35 M in diesem Zeitraum erhöht. Nach den Feststellungen von Dr. Elfas erforderlich gegenüber allein die Nahrungsmittel 73 Prozent der Lebenshaltungskosten, während sie 1914 nur etwa 50 Prozent betragen. Auch nach den Berechnungen des statistischen Amtes der Stadt Leipzig* erforderte der Mindestlohn eines aus zwei Erwachsenen und drei Kindern bestehender Familie in der Zeit vom 13. Oktober bis 14. November dieses Jahres einen wöchentlichen Aufwand von 842 M.

Bei einer solchen Teuerung und Preissteigerung aller Lebensmittel und notwendigen Bedarfsartikel ist verständlich, daß die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen mit den bisher vereinbarten Löhnen ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können. Es nun deshalb nur zu begehren, daß aus allen Branchen und aus allen Teilen Deutschlands dringende Anträge an den Vorstand gestellt werden, um mit Vorschlägen an den Arbeitgeber heranzutreten. Denn die Not in den Kreisen der Tabakarbeiter ist groß und Lohnverhandlungen sind erforderlich. Dieser Einsicht werden sich auch die Arbeitgeber in der Tabakindustrie nicht verschließen können. Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes hat deshalb das Verlangen der Tabakarbeiter nach erhöhten Löhnen als berechtigt anerkannt und in Gemeinschaft mit den beiden anderen Tabakarbeiterorganisationen Vorschläge für alle Arbeiter und Arbeiterinnen an die Zigaretten-, Rauch- und Schnupftabakfabrikanten gestellt. Für die Zigarettenindustrie erfolgt die Lohnvermehrung schrittweise, ort zu ort, bestmögliche. Der Vorstand unseres Verbandes wird darauf dringen, daß die Verhandlungen über die einvernehmlichen Forderungen so schnell wie möglich stattfinden. Für die Zigarettenindustrie finden die Verhandlungen bereits am 20. Dezember in Mannheim statt. Ueber das Resultat dieser und der anderen Verhandlungen werden wir berichten.

Die Einreden an die Herstellerverbände, die auch über die Höhe der Forderungen Ausschluß geben, haben folgenden Wortlaut:

Berlin, den 9. Dezember 1920.
In die Reichsstatistikkommission des Reichsverbandes Deutscher Hygienekontrollstellen.
Die unterzeichneten Vorstände der drei Tabakarbeiterverbände schalten sich die nachfolgenden Forderungen auf Grund einer Teuerungsaussage zu unterbreiten:

Die bisher bestehenden Tarifföhne einschließlich der in Hamburg v. d. Höhe vereinbarten Teuerungszuschläge, die am 1. Februar 1921 in Kraft treten, bleiben bestehen. Zu diesen Löhnen sind ab 1. Januar 1921 folgende besondere Teuerungszuschläge zu zahlen:

- A. Für Zigarettenarbeiter für alle Formarbeiten pro Mille 20 M, für alle Querschneiden pro Mille 20 M, für alle Hand- und Pannarbeiten pro Mille 33 M.
- B. Für Sortierer: für 1/2-Packung pro Mille 1,75 M, für 1/4-Packung pro Mille 2,75 M, für 1/8-Packung pro Mille 4,50 M, für Beringen pro Mille 3,- M.
- C. Für Riffmacher: bei Position a) laut Reichstaxi pro 100 Riffen 6,- M, bei Position b) 4,- M, bei Position c) 7,5 M, bei Position d) 9,- M, bei Position e) 12,5 M, bei Position f) 15,- M.
- D. Für Juristen: Deckungsrichter 1. und 2. Range Vollblatt pro Fund 1,- M, 3. Range Vollblatt und Stückblatt pro Fund 1,50 M, Einlagerer für großblattige Tabake pro Fund 40 S, für mittlere Tabake pro Fund 50 S, für kleinblattige Tabake pro Fund 60 S.
- E. Für Zeitlohnarbeiter: im Alter Männliche Weibliche

im Alter	Männliche	Weibliche
bis 15 Jahren	25 S	25 S
15 - 18	30	30
18 - 20	40	40
20 - 25	50	50
25 - 30	65	60
über 30	75	75

berrechnet über 20 Jahren
bzw. Hausaltungsverhältnisse

Eine eingehende Begründung der vorstehend aufgeführten Forderungen ersuchen wir uns in der in Aussicht genommenen Verhandlung mündlich vorzutragen.
Unterchriften.

Bremen, 11. Dezember 1920.

In den Reichstabs- und Schnupftabakverband des D. T. V.
Infolge der Preissteigerungen für alle notwendigen Bedarfsgegenstände, die seit der letzten Lohnverhandlung erfolgt, sehen sich die Vorstände der unterzeichneten drei Tabakarbeiterverbände veranlaßt, an den Reichstabs- und Schnupftabakverband des D. T. V. das folgende Ersuchen zu richten, die bisher gezahlten Teuerungszuschläge für alle Arbeiter und Arbeiterinnen ab 1. Januar 1920 um weitere 50 Prozent zu erhöhen.

Eine eingehende Begründung der eingereichten Forderungen dürfte sich erübrigen angesichts der seit dem Abschluß der letzten Lohnvereinbarung eingetretenen Preissteigerungen. Wir erklären uns jedoch bereit, eine solche zu geben bei einer notwendigen werdenden Verhandlung und bitten, uns halbmonatlich mitteilen zu wollen, wann und wo die Verhandlung stattfinden soll.
Dem Rauchtabakverbande ist die gleiche Forderung ausgestellt worden.
Unterchriften.

Bremen, 11. Dezember 1920.

In den Rauchtabakverband des D. T. V.
Infolge der erheblichen Preissteigerungen für alle zum Lebensunterhalt notwendigen Bedarfsgegenstände, die seit der letzten Lohnvereinbarung erfolgt, sehen sich die Vorstände der unterzeichneten drei Tabakarbeiterverbände veranlaßt, an den Rauchtabakverband des D. T. V. das folgende Ersuchen zu richten, die bisher gezahlten Teuerungszuschläge für alle im Zeilohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen um weitere 50 Prozent, die der im Stücklohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen — mit Ausnahme der Deckungsrichter und Arbeiter — um 35 Prozent und die der Deckungsrichter und Arbeiter um 50 Prozent ab 1. Januar 1920 zu erhöhen.

Eine eingehende Begründung der Forderung dürfte sich erübrigen angesichts der seit dem Abschluß der letzten Lohnvereinbarung eingetretenen Preissteigerung. Wir erklären uns jedoch bereit, eine solche bei einer notwendigen werdenden Verhandlung zu geben und bitten, uns gegebenenfalls halbmonatlich mitteilen zu wollen, wann und wo die Verhandlungen stattfinden sollen.
Unterchriften.

Zweiter internationaler Gewerkschaftskongress II.

Grashmann (Deutschland): Die deutsche Arbeiter-schaft hat die alte Arbeiterfront beibehalten. Eine Arbeiterfront dieser Art ist unmöglich, wie die Märzereignisse zeigen. Der damalige Generalfreiherr war tatsächlich allumfassend und dadurch unüberwindlich. Gewiß wußten

* Infolge eines bedauerlichen Irrtums ist im ersten Artikel der Londoner Internationale Gewerkschaftskongress als erster bezeichnet worden. In Wirklichkeit ist es der zweite.

wir, daß die Arbeiterschaft am meisten unter den Folgen des Streikes leiden würde, aber diese Folgen würden gerne in den Kauf genommen, weil wir nie wieder unter das alte Regime kommen wollten. Wir meinten uns energig gegen jede monarchistische oder alldeutsche Propaganda, auch durch die Tat. Schon vor dem Ausbruch des Internationalen Gewerkschaftsbundes hatten wir mit einer Kontrolle der Waffentransporte begonnen, um nicht nur jede Aus- oder Durchfuhr von Kriegsmaterial nach Polen und Rußland, sondern auch die Waffenschleppungen in Deutschland selbst zu verhindern. Das geschieht nicht nur aus grundsätzlicher Gewerkschaft gegen den Krieg, sondern auch, um unseren Arbeitsbrüdern im Osten die Arbeit zu ersparen, die ihnen nicht zu ersparen, meingleich wir für das heute herrschende Regime keinerlei Sympathie haben. Wenn wir die Herrschaft der äußersten Rechten abwehren, so werden wir uns aber auch ebenso gegen jede von links kommende Diktatur. Von den kommunistischen Führern versprochen wir uns nichts. Wie die Beispiele in Ungarn und Spanien zeigen, bereiten sie nur den Boden vor für die schlimmste Reaktion, gegen die die eingeschüchterte und völlig enterte Bevölkerung sich dann nicht mehr zur Wehr zu setzen magt. Statt der Wortrevolution bedürfen wir einer Revolution, welche das organisierte Streben nach dem Aufbau einer wahren wirtschaftlichen und demokratischen Demokratie bedeutet. Sie allein ist die Hoffnung der Arbeiter. Die deutschen Arbeiter, die ein Glück dieses Weges zurückgelegt haben, müßten nichts schändlicher, als daß ihr Beispiel in anderen Ländern mit Nutzen für die Arbeiterschaft verwendet werde. Gewiß sind die deutschen Verhältnisse noch nicht ideal; aber sie bilden schon eine günstigere Grundlage für weitere Aktionen, als wir sie jemals befehlen. Das letzte republikanische Regime in Deutschland ist zweifellos einer der stärksten Dämme gegen die Reaktion, sowohl gegen eine Diktatur eines Militärs wie auch gegen die Herrschaft einer Clique oder Minderheit. Kurz vor der Arbeit erfahren wir von neuen Angriffen der Moskauer gegen unsere Gewerkschaften, von einem gegen uns gerichteten Aktionsplan. Unsere Antwort darauf ist, daß wir beschloßen haben, Moskau gegenüber nicht mehr in der Defensive zu bleiben, sondern zur Offensive überzugehen. Indem wir die Arbeiterschaft über die Folgen und Gefahren des Bolschewismus gründlich aufklären (Starker Postfall).

W a s t e r o (Spanien): Das Spanien müssen wir dem Kongresse leider ritzen klagen über die Zustände in unserem Lande vorlegen. Wahre Bürgerrechte haben wir noch nie gekannt, denn wir leben noch heute unter einem vollständig mittelalterlichen monarchischen System. Nachdem vor einiger Zeit die wenigen vorhandenen konstitutionellen Rechte auch formell aufgehoben wurden, herrscht ein schlimmer Terror gegen die Arbeiterorganisationen und ihre Führer. Im letzten Jahre übertrug die Regierung einem Generals diktatorische Vollmachten. Dieser löste die Gewerkschaften nach Willkür auf, ließ die Leiter verhaften, deportieren und von Gefängnis zu Gefängnis schleppen. Gründung neuer Gewerkschaften ist unmöglich, da die Behörden die erforderliche Genehmigung ablehnen. Es passiert uns, daß wir als Abgeordnete Wahlergebnisse abgeben wollen, aber die Polizei die Zutritter aussonderrt und uns selbst festhält. Seit wir die Regierung ein besonderes Gesetz gegen den Terror der Arbeiter durchbrachen, während in Wirklichkeit der Terror nur von ihr ausgeht und von den Unternehmern, deren Antistreitorganisation schon vielen Arbeitern das Leben kostete. Ich bitte angesichts des schrecklichen Zustandes in unserem Lande den Internationalen Gewerkschaftsbund, eine eigene und persönliche Untersuchung über die Verhältnisse zu veranstalten.

D' A r a g o n a (Italien) bekräftigt die Ausdehnung der Tätigkeit der gewerkschaftlichen Internationale, meint aber, daß die Resolution keine Aktionsmittel bezeichne. Gewiß herrscht allenthalben die Reaktion, aber doch hauptsächlich als Kriegsfolge und teilweise infolge der von einigen Landeszentralen im Krieg eingenommenen Haltung. Wir dagegen stellen die Solidarität mit den Arbeitern auch der feindlichen Länder über das Einnehmen mit der italienischen Bourgeoisie. Nur dadurch aussonderrt und uns selbst festhält. Seit wir die Regierung ein besonderes Gesetz gegen den Terror der Arbeiter durchbrachen, während in Wirklichkeit der Terror nur von ihr ausgeht und von den Unternehmern, deren Antistreitorganisation schon vielen Arbeitern das Leben kostete. Ich bitte angesichts des schrecklichen Zustandes in unserem Lande den Internationalen Gewerkschaftsbund, eine eigene und persönliche Untersuchung über die Verhältnisse zu veranstalten.

D' A r a g o n a (Italien) bekräftigt die Ausdehnung der Tätigkeit der gewerkschaftlichen Internationale, meint aber, daß die Resolution keine Aktionsmittel bezeichne. Gewiß herrscht allenthalben die Reaktion, aber doch hauptsächlich als Kriegsfolge und teilweise infolge der von einigen Landeszentralen im Krieg eingenommenen Haltung. Wir dagegen stellen die Solidarität mit den Arbeitern auch der feindlichen Länder über das Einnehmen mit der italienischen Bourgeoisie. Nur dadurch aussonderrt und uns selbst festhält. Seit wir die Regierung ein besonderes Gesetz gegen den Terror der Arbeiter durchbrachen, während in Wirklichkeit der Terror nur von ihr ausgeht und von den Unternehmern, deren Antistreitorganisation schon vielen Arbeitern das Leben kostete. Ich bitte angesichts des schrecklichen Zustandes in unserem Lande den Internationalen Gewerkschaftsbund, eine eigene und persönliche Untersuchung über die Verhältnisse zu veranstalten.

D' A r a g o n a (Italien) bekräftigt die Ausdehnung der Tätigkeit der gewerkschaftlichen Internationale, meint aber, daß die Resolution keine Aktionsmittel bezeichne. Gewiß herrscht allenthalben die Reaktion, aber doch hauptsächlich als Kriegsfolge und teilweise infolge der von einigen Landeszentralen im Krieg eingenommenen Haltung. Wir dagegen stellen die Solidarität mit den Arbeitern auch der feindlichen Länder über das Einnehmen mit der italienischen Bourgeoisie. Nur dadurch aussonderrt und uns selbst festhält. Seit wir die Regierung ein besonderes Gesetz gegen den Terror der Arbeiter durchbrachen, während in Wirklichkeit der Terror nur von ihr ausgeht und von den Unternehmern, deren Antistreitorganisation schon vielen Arbeitern das Leben kostete. Ich bitte angesichts des schrecklichen Zustandes in unserem Lande den Internationalen Gewerkschaftsbund, eine eigene und persönliche Untersuchung über die Verhältnisse zu veranstalten.

S a l f o r d (Kanada) erklärt, daß dies ein revolutionärer Kongress, seine Organisation aber geradezu das Gegenteil davon sei, weshalb er den vorliegenden Entschlüssen nicht zustimmen könne.
Der V o r s i t z e n d e entgegnet, daß dies wohl der erste Internationale Kongress, an dem er teilnehme.

Die Zentrale mache sich keine Macht über die einzelnen Länder an.

Solan (Norwegen) ist gegen den Völkerverbund und das von diesem geschaffene Internationale Arbeitsamt. Deren Ermächtigung in den Entscheidungen solle unterbleiben, desgleichen jeder Angriff auf die Justiz, die in bezug auf Bekämpfung der Reaktion und Desorganisation leuchtende Vorbilder seien.

Simmen meißt in seinem Schlußwort darauf hin, daß die Amerikaner, die selbst in ihren Kongressen politische Beschlüsse fassen, kein Recht haben, eine politische Befugnis vorzugeben. Die Russen sind oft zur Mitarbeit eingeladen worden. Wenn ihnen die Interessen der Arbeiter am Herzen liegen, müßten sie eine solche Einladung annehmen.

Die Resolution über die internationale Lage wird darauf gegen die Stimmen von Kanada, Italien und Norwegen, oder mit 21.908.000 gegen 2.710.000 Stimmen angenommen. Sie lautet:

Der vom 22. bis 27. November 1920 in London tagende Internationale Gewerkschaftskongress protestiert mit aller Energie gegen den in der ganzen Welt zutage tretenden offenen und verheerenden Versuch der herrschenden Klasse und ihrer Regierungen, die Freiheit und Aktion der Arbeiterorganisationen zu unterdrücken. Er gibt seiner Sympathie Ausdruck für alle jene, die in den verschiedenen Ländern unter der Reaktion gelitten haben und noch leiden, trotz aller Anstrengungen, die in dem Kampfe gegen den weißen Schrecken in Linnar und bei der Aktion zur Verhinderung des Transportes von Kriegsmaterial für die konterrevolutionären Armeen ihre internationale Pflicht erfüllt haben, seinen Dank aus und erhebt Einspruch gegen den wirtschaftlichen und militärischen Krieg, der noch immer gegen Rußland geführt wird. Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt es als eine der wichtigsten Pflichten aller dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaftszentren und seiner internationalen Berufssekretariate, sowie aller diesen Organisationen angehörenden Arbeiter, mit aller Kraft und allen verfügbaren Mitteln gegen die den Arbeiter, das Leben und die Existenz selbst der Gewerkschaftsbewegung bedrohende Wirtschaftspolitik zu kämpfen. Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß die Gewerkschaftsbewegung neben ihrer notwendigen Aktion für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, national und international den Kampf führt gegen Kapitalismus und Imperialismus. Der Kongress erklärt, daß dieser Kampf sich vor allem zu richten hat gegen den Militarismus in allen seinen Formen. Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß die Waffe des Massenstreiks und des internationalen Boykotts von den Gewerkschaften als wirksames und zweckentsprechendes Mittel in ihrem Kampfe gegen die Reaktion und für den Fortschritt angewandt ist. Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß zu diesem Zwecke die größtmögliche Einheit und das Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder unerlässlich ist, er richtet den dringendsten Appell an alle angeschlossenen Gewerkschaftszentren und an die internationalen Berufssekretariate, um in einer ununterbrochenen Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund eine Macht zu formieren und die Arbeiter aller Länder durch eine rasche, tatkräftige Bewandlung von der Notwendigkeit zu überzeugen, einen internationalen Kampf zu führen gegen die Weltreaktion, dem Krieg den letzten und den entscheidenden gestaltungsgewaltigen Ordnung zu kämpfen.

Zu Beginn der nächsten Sitzung verliest der Vorsitzende das Schreiben einer kirchlich nach Frankreich gekommenen Abordnung eines menschlichen Arbeiterkongresses der Arbeiter in den Uralsgebieten, an dem die Vertreter von 145.000 organisierten Arbeitern teilgenommen. Die Unterzeichner geben ein trübes Bild von der Bolschewistenherrschaft, die aus den Gewerkschaften keine Regierungsapparate gemacht hat.

Eine Resolution über den Achtfundentag

Am 22. November und die folgenden Tage in London verhandelte außerordentliche Gewerkschaftskongress stellt fest, daß die Internationale Arbeitskonferenz in Washington einen Entschluß zu einer Ueberprüfung betreffend Festsetzung der Arbeitszeit in industriellen Betrieben auf acht Stunden am Tage und 48 Stunden in der Woche als Richtlinien für die erste Festschreibung einer maximalen Arbeitszeit vorzulegen hat; daß zwar in einigen Staaten die Arbeitszeitbeschränkung bereits durch Konvention von Washington entspricht, daß demgegenüber aber in den meisten Ländern sowohl die Regierungen wie die Unternehmer nicht nur die Festschreibung der Konvention zu verhindern suchen, sondern auch daran sehen, um die Arbeitszeit auch dort, wo sie festgeschrieben auf 48 Stunden vergrößert ist, wieder zu vergrößern.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erhebt energischen Protest gegen dieses arbeitserneuernde Bestreben der Unternehmungen und ihrer Regierungen und fordert die unverzügliche Annahme und Durchföhrung der Pariser Resolutionen. Der Internationale Gewerkschaftskongress verurteilt die angeschlossenen Organisationen, allen Regierungen, die Durchföhrung der Konvention von Washington zu hindern, mit allen Mitteln entgegenzutreten und fordert sie zu nachdrücklicher Unterstützung der Konvention auf, die zum Kampfe für die internationale Gewerkschaftskongress sind. Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß er eine weitere Unterstützung der Festschreibung des internationalen Arbeitsamtes seitens der Gewerkschafts-

bewegung ablehnt, wenn die Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse innerhalb der festgesetzten Frist nicht erfolgt ist.

Die Resolutionen des Verächterlatter Merleins (Belgien). Er meißt darauf hin, daß die Frage schon die Washingtoner Konferenz und spätere Tagungen des Internationalen Arbeitsamtes beschäftigt hat. Seine längeren Ausführungen, die ergänzt wurden durch einen schriftlichen Bericht an den Kongress, gipfelten in der Forderung nach einer den Bedürfnissen aller Länder gerecht werdenden Verteilung der Rohstoffe, die als Gemeingut der Menschheit angesehen werden müssen, durch den Völkerverbund. Weiterhin müßte die Organisation des letzteren durch den Druck der Arbeiter unter den bekannten Forderungen entsprechend abgeändert werden. Falls es (Stimmen) geistlich der Völkerverbund bestimme. An diesem Besten die Arbeiter sich nicht wenden. Sie sollten vielmehr ihre einzelnen Regierungen zwingen, eine internationale Konferenz zur Lösung dieser Frage einzuberufen. Der Völkerverbund sei ein Bund der Sieger mit dem besonderen Ziele, Deutschland auszulöschen, wie die Forderungen auf die Lieferung von Rüben usw. zeigen. Der Vorsitzende erklärte für die Resolution eintritt, aber auch für den Ausbruch des Völkerverbundes, der alle Völker umfassen müßte, ein wirksames Friedensinstrument zu werden. Solford (Kanada) ist gegen die Resolution, die eine Ermächtigung in die Angelegenheiten einzelner Länder enthält. Ueber seine Resolutionen und Hilfsmittel müßte jedes Land allein bestimmen. Dürer (Schweiz) stimmt der Resolution zu bis auf die Uebertragung der Aufgabe der Rohstoffverteilung an den Völkerverbund, der solchen Aufgaben nicht gewachsen sei.

Die nachstehende Resolution wurde darauf einstimmig von gegen die Regierungen aus dem Völkerverbund waren einige Stimmen - angenommen. Sie lautet:

Der am 22. November und die folgenden Tage in London tagende außerordentliche Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß die Weltkrisis in allen Ländern eine derartige Vertiefung hervorgerufen hat, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau endlich in Frage steht; in Ermüdung, daß die letztere in der Hauptsache davon abhängt, welche Lösung das Problem der Rohstoffverteilung ergibt; in Ermüdung, daß die Länder, die der Rohstoff entbehren, mit Rücksicht auf ihre Industrie von den Rohstoffländern abhängen, die über Rohstoffe verfügen (selbst, daß sie diese hervorbringen oder dank ihrer günstigen Lage sich verschaffen können; in Ermüdung, daß daher die Regelung der Verteilung aller Rohstoffe und die Befreiung der Verteilung eine der wichtigsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Wiederaufbau ist; in Ermüdung, daß die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft einer gerechten Verteilung der Rohstoffe im Wege steht, wie auch jeder wirtschaftlichen Regelung, die allen Völkern ohne Ausnahme gestattet würde, die ihnen in der Weltgemeinschaft zugewiesene Rolle zu erfüllen; in Ermüdung, daß es infolgedessen Pflicht der organisierten Arbeiterklasse ist, ohne Unterlaß darauf hinzuwirken, daß die heutige unorganisierte Weltwirtschaft in der Produktion, ihrer Verteilung, überhaupt der gegenseitigen Beziehungen der Völker; in fernerer Ermüdung, daß es aber schon jetzt eine hohe Pflicht der Menschheit ist, für eine gleichmäßige Verteilung aller verfügbaren Rohstoffe in der ganzen Welt zu sorgen, und daß diese Verteilung nur durch eine internationale Verständigung der Gewerkschaftsinternationale; in Ermüdung, daß unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen das Internationale Arbeitsamt des Völkerverbundes der am besten geeignete internationale Organismus ist, um die internationale Verständigung über die Rohstoffverteilung herbeizuföhren. Besaucht der Kongress, das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in kürzester Frist einen Plan für die Eröpfung einer internationalen Rohstoffverteilungsstelle auszuarbeiten. Dieser Plan ist dem Internationalen Arbeitsamt zur baldigen Durchföhrung zu überreichen. Die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes kann jedoch nur wirksam werden, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen aller Länder allen ihren Einfluß unermüdet und kräftig geltend machen, um ihre Regierungen zu zwingen und öffentlichen Entschluß und Verteilung der notwendigen Rohstoffe zu veranlassen. Damit aber die Rohstoffverteilung nach Billigkeit und Gerechtigkeit und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und künftigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Völker und Länder organisiert werden kann, ist es notwendig, daß es allen Völkern und Ländern freigestellt wird, sich dem Völkerverbund anzuschließen.

Zur Frage des Pazifismus

Die Internationale Gewerkschaftskongress stellt fest, daß die Bekämpfung aller Kriege durch die internationale organisierte Arbeiterklasse nicht mit dem Pazifismus der kapitalistischen Bourgeoisie zu verwirklichen ist. Es braucht als Beweise und zurzeit ebenso alle Arbeiterunternehmen, deren Ziel ist, den Völkern gegen ihren Willen neue politische oder wirtschaftliche Formen aufzuzwingen. Die Arbeiter verlangen den endgültigen und vollständigen Frieden unter allen Völkern und Lehnen es ab, sich nochmals verführen zu lassen unter dem Vorwand, sich schlagen zu müssen für den letzten oder vorletzten Krieg.

Die Valutafrage

behandelte Joubert (Frankreich) an Hand einer umfangreichen Unterredung, die von Delegierten vorliest. Die unvollständige Lage der Weltwirtschaft ist verheerend für alle Länder, auch für die mit höherem Kursstand als sie in den Ländern mit schlechterem Kurs nichts mehr absehen können. Wenn nicht noch schlimmere, unabsehbare Folgen eintreten sollen, müssen praktische Schritte zu einer internationalen Regelung des Finanzwesens erfolgen. Die Unabhängigkeit der Regierungen auf diesem Gebiete ist die Folge ihrer Abhängigkeit von der Goldmine. Besonders ist eine internationale Festsetzung der Entschädigungsummenge erforderlich, damit eine internationale An-

leihe möglich werde. Leider sind die Bedingungen, besonders die Währungs, immer noch gegen diese Forderung, weil sie anscheinend davon eine Entschädigung Deutschlands, die doch zu ihrem eigenen Vorteil nötig ist, beinhalten. Die französischen Arbeiter sind entschlossene Internationalisten und für die Ausöhnung aller Völker, auch mit unseren heutigen Arbeitshindern. In der Valutafrage wendet sich ein italienischer Vertreter erneut dagegen, daß auch diese Frage durch die vorliegende Entschädigung dem Völkerverbund überwiegen werden soll. Auch er ist besonders für den Teil des Antrages, der die Annullierung der Kriegsschulden vorseht und würde mit seinen Freunden gern sehen, wenn auch die Streichung aller Entschädigungsforderungen verlangt würde, weil erst dann eine wirkliche Erleichterung der internationalen Lage eintreten könnte. Die von Joubert geforderte Befestigung der Goldproduktion hatten wie jedoch unter dem kapitalistischen System für unmöglich.

Die nachfolgende Resolution wurde gegen die Stimmen von Norwegen, Italien und Kanada angenommen. Nur gegen die Annullierung der Kriegsschulden der betreffenden Abziffern Belgien und Kanada, während die englische Delegation sich hierbei der Abstimmung enthielt. Die ursprüngliche Entschädigung und der ergänzende Bericht der Kommission dazu lautet wie folgt:

„In Ermüdung, daß die Wirkungen der Valutakrisis, nicht nur verheerend sind für die vom Kriege betroffenen Länder, sondern auch die am meisten benachteiligten Länder stark bedrohen durch die Realisierung des internationalen Finanzwesens und in deren Folge die entsetzliche industrielle Krise, unter denen die Arbeiter leben, meist der Internationale Gewerkschaftskongress darauf hin, daß ein solcher Zustand nicht andauern kann ohne den Umlauf der Rohstoffe und Produktionsmittel, die Nahrungsversorgung der Länder, den Wiederaufbau des durch den Krieg zerstörten Volksgut zu bringen, daß dieser Zustand des Bankrotts, in dem sich fast alle Länder befinden, beileidet ist von ungewöhnlicher Schwere, daß die internationalen Gewerkschaften die entschlossene Aktion des kapitalistischen Systems aufheben, das die Völker in die Verarmung, die Verelendung, die Verelendung, die un begründeten hohen Preise der Lebens- und Gebrauchsmittel beinhalten und so für die wachsende Hungersnot der Völker verantwortlich ist. Demgemäß erklärt der Kongress, daß die Lösung der internationalen Finanzprobleme mit der wirtschaftlichen Aktivität und der solidarischen Erziehung der Völker unlosbar verbunden ist, ermöglicht der Kongress die allgemeine Annullierung der internationalen Schulden, die aus dem Kriege resultieren, als eines der wirksamsten Mittel, die angewandt werden können, um den Umlauf der Rohstoffe zu erneuern, die internationalen Maßnahmen zu verbinden und einen normalen Geldumlauf einzuföhren; die hierzu erforderlichen Mittel wären durch Unterdrückung unnotiger Ausgaben, besonders für militärische Zwecke, zu beschaffen, wie auch durch beträchtliche Vermögenssteuern. Der Kongress legt jedoch das Hauptgewicht auf internationale Maßnahmen, ohne die die Verteilung der einzelnen Länder persönlich bleiben müßten, und ohne welche auch die größte Zahl der Nationen sich nicht zu wiederholten, die internationale Maßnahmen müssen weiter gehen als die Neuerröffnung von Handelsbeziehungen. Sie können nur durchgeführt werden, indem den Völkern durch einer diesem unterliegenden Organisationen die Ausgabe einer internationalen Anleihe, sicherstellt durch die wirksamen Wechsellöhne und Hilfsquellen aller Völker ohne Ausnahme, übertragen wird. Für Ertrag würde unter der Kontrolle des Völkerverbundes den verschiedenen Ländern zugewiesen werden, einschließlich ihrer Verbindlichkeiten, um zur Erholung ihrer Wirtschaft zu verhelfen, ihres Wiederaufbaues und der Belebung ihrer Produktion, unter Aufsicht jeder anderen Aufgabe, verwendet zu werden. Der Kongress betont besonders, daß die Maßnahmen keineswegs militärischen Zwecken dienen müssen, damit alle Völkern der Welt auf den allgemeinen Frieden hinwirken können. Der Kongress erklärt, daß diese Maßnahmen, deren Verwirklichung sich auf eine gewisse Zeit verteilen wird, nicht unabhängig von den übrigen Forderungen der Arbeiterinternationalen betröfend der Produktion der Rohstoffe und die Kontrolle des Transportwesens, erfolgreich werden. Sie müssen ebenso wie diese letzteren, zu einer Solidarität aller Völker für den Wiederaufbau der Welt durch die Arbeit führen.“

Bericht der Valutakommission.

Die mit dem Studium der Valutafrage beauftragte Kommission hat dem Bericht und ebenso der Resolution, die ihr vorgelegt wurde, zugestimmt. Nur einige kleine Veränderungen wurden im Bericht vorgenommen und ebenso im § 4 (französischer Text Seite 24) eine neue Formulierung auf Wunsch des deutschen Delegierten, Gonnissen (Lyon), vorgenommen, welcher bemerkte, daß in verschiedenen Ländern, hauptsächlich in Portugal, diese Erhöhung der Lebenslage nur für einen Teil der Bevölkerung zutrifft, die Arbeiterklasse sich jedoch infolge der Steigerung in einer Lage befindet, mit der die Erhöhung der Löhne weit entfernt ist, Schritt zu halten.

Die anderen Veränderungen waren hauptsächlich rechnerischer Art. Die Resolution wurde auf Antrag der holländischen Delegierten wie folgt ergänzt:

„Im ursprünglichen Text liest es: 'Der Kongress empfiehlt die Annullierung der internationalen Kriegsschulden als eines der Mittel, die notwendig sind, um die Wirkungen der Valutakrisis heute schon zu begrenzen, ferner die Feststellung und gerechte Verteilung der Wiederaufbaumittel, die Verteilung der Entschädigung durch den Völkerverbund; diese Maßnahmen wären geeignet, für die verarmten Völker eine Verbesserung ihrer Valuta herbeizuföhren.'“

Die Aufnahme dieser Forderung der Festschreibung und Bezahlung dieser Forderungen durch den Völkerverbund ist ein Schritt, der notwendig ist, um die gegenwärtige Situation der Staaten fest zu stellen, die unvollständige Stabilisierung der Finanzen ist Folge der Valutakrisis. Der englische Delegierte protestiert gegen die von dem holländischen Delegierten vorgeschlagene Streichung mit der Bemerkung, daß diese Resolution ein internationales Dokument darstellt, in welchem keine

